

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen
der vergangenen Woche

Nr. 44

vom 12. Dezember 2008
Redaktion: Katja Richardt

Wirtschaft und Hafen

100. Geburtstag der BÄKO-Zentrale Nord e.G.2
Wirtschaftssenator Axel Gedaschko gibt Startsignal für das neue Profi-Programm der BWA.3

Gesundheit

- Arbeitskreis für Arbeitssicherheit informiert über häufigste Berufskrankheit.....5
Neue Herausforderungen für den Arbeitsschutz.....7

Umwelt

- Hamburgs Klimaschutzstrategie wird ausgebaut9
US-Delegation informiert sich über Klimaschutz-Strategien..... 13

Schule, Jugend und Berufsbildung

- Arbeitsgruppe Scientology warnt vor Schreiben an Hamburger Schulen 14
IGLU-Ländervergleich 2006 15

Finanzen

- Zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über die Entfernungspauschale 18

Justiz

- Beim Datenschutz zügiges Handeln der Bundesregierung nötig 19

Personen

- Wechsel in der Pressestelle der Behörde für Wirtschaft und Arbeit20
Hohe Auszeichnung für Eleonore Rudolph.....21
Neue Direktorin für das Museum der Arbeit ernannt.....22

Zur Information

- Terminkalender23

9. Dezember 2008/bwa09

Senatsempfang zum 100. Geburtstag der BÄKO-Zentrale Nord e.G.

Die Landeszentrale Nord der BÄKO-Einkaufsgenossenschaft für Bäcker und Konditoren feiert 100-jähriges Bestehen. Aus Anlass dieses Jubiläums hat Senator Gedaschko die BÄKO-Zentrale Nord e.G. heute im Hamburger Rathaus empfangen. Die BÄKO ist der größte Verbund regionaler Einkaufsgenossenschaften in Europa. Mit zwei Landeszentralen (Nord und Süd), einem bundesweiten Netz von insgesamt rund 50 Großhandelsstandorten und 3.500 Mitarbeitern ist die BÄKO der Eckpfeiler des Bäcker- und Konditorhandwerks für Einkauf und Rohstoffversorgung. Mehr als 9.200 Bäcker und Konditoren werden von der Gruppe Nord vertreten. Deren Hauptsitz ist in Duisburg, eine weitere Niederlassung gibt es in Rellingen bei Hamburg.

Senator Axel Gedaschko: „Handwerk hat Zukunft, aber dafür braucht es gut ausgebildete Fachkräfte. Deshalb hat Qualifizierung von Arbeitskräften für die Wettbewerbsfähigkeit Hamburger Unternehmen hohe Priorität. Mit der Eröffnung des Elbcampus, dem Kompetenzzentrum der Handwerkskammer Hamburg, haben wir in Hamburg eines der modernsten Bildungszentren für Handwerk und Mittelstand in Deutschland geschaffen und die Weichen für die Zukunft gestellt.“

Zu den Leistungen der BÄKO gehören ein umfassendes Dienstleistungspaket mit Marketingkonzepten, Messepräsentationen und Finanzierungsangeboten, der weltweite Einkauf von Rohstoffen inklusive Qualitätssicherung sowie das Bereitstellen eines umfassenden Sortiments an Rohstoffen aller Art, Handelswaren, Maschinen und Geräten, Papier- und Verpackungsartikeln. Der Grundstein für die erste Bäckergenossenschaft wurde Ende 19. Jahrhunderts gelegt, als sich Bäckermeister zusammenschlossen, um günstiger einzukaufen zu können. Daraus entwickelte sich eine bundesweite Genossenschaft mit vielen regionalen Standorten. Die in der Hansestadt ansässige BÄKO HANSA eG gehört zur BÄKO-Gruppe Nord. Ihr Aufsichtsratsvorsitzender ist Handwerkskammerpräsident Peter Becker.

Rückfragen:

Behörde für Wirtschaft und Arbeit
Tel.: (040) 42841-1627; Fax: 4279 41 055
Email: pressestelle@bwa.hamburg.de
Internet: www.hamburg.de/bwa

12. Dezember 2008/bwa12

Wirtschaftssenator Axel Gedaschko gibt Startsignal für das neue Profi-Programm der BWA

Übergabe des Bewilligungsbescheides an die Firma Noske-Kaeser GmbH

Im August 2008 hatte Senator Gedaschko ein neues Förderprogramm der Behörde für Wirtschaft und Arbeit (BWA) zur Unterstützung innovativer Forschungs- und Entwicklungsvorhaben der Hamburger Industrie vorgestellt: Für das Profi-Programm als Instrument der Innovationspolitik stellt die BWA jährlich mehr als zwei Millionen Euro zur Verfügung. Mit ihm können nicht nur kleine und mittelständische Unternehmen gefördert werden, sondern auch innovative größere Industrieunternehmen. Besonderes Augenmerk wird auf den Technologie- und Wissenstransfer gelegt. Bevorzugt werden Kooperationsvorhaben zwischen der Wirtschaft und den Hochschulen Hamburgs gefördert. Die BWA hat die Innovationsstiftung Hamburg als Projektträger mit der Durchführung des Profi-Programms beauftragt. Die erste Förderung eines innovativen Vorhabens im Rahmen des Programms geht mit einer Summe von 172.888 € an das Projekt „Entwicklung einer Kälteanlage für die Proviantkühlung auf Schiffen“ der Noske-Kaeser GmbH. Wirtschaftssenator Gedaschko hat den Bewilligungsbescheid heute im Rahmen eines Firmensbesuchs überreicht.

Senator Axel Gedaschko:

„Nicht nur in unsicheren Zeiten ist die Innovationspolitik eine vorrangige Aufgabe der Hamburger Politik. Ziel des Senats ist es, im Rahmen der kürzlich ins Leben gerufenen InnovationsAllianz von Politik, Wissenschaft und Wirtschaft Hamburg zu einem Innovationsführer von europäischem Rang aufzubauen und so die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Hamburger Unternehmen auch langfristig zu sichern“.

Dr. Harald Eifert (Vorstand Innovationsstiftung Hamburg):

„Wir freuen uns, dass durch die Unterstützung der Behörde für Wirtschaft und Arbeit und der Innovationsstiftung Hamburg ein FuE-Projekt des Hamburger Traditionsunternehmens Noske-Kaeser GmbH umgesetzt und der Technologietransfer zwischen dem Unternehmen

und Hamburger Forschungseinrichtungen intensiviert werden kann. Diese Entwicklung sichert Arbeitsplätze in Hamburg und trägt nicht unerheblich zum Umweltschutz bei“.

Infobox:

Die Noske-Kaeser GmbH ist ein Hamburger Traditionsunternehmen mit einer mehr als 125-jährigen Geschichte. Das zur internationalen Noske-Kaeser Gruppe gehörende Unternehmen plant und entwickelt Anlagen und Komponenten für die Klima/Lüftungs- und Kältetechnik in der Anwendung für Schiffbau und Fahrzeugtechnik. Noske-Kaeser eines der ersten Hamburger Großunternehmen, das eine Förderung aus dem Programm für Innovation (Profi) der Behörde für Wirtschaft und Arbeit erhält. Mit diesen Fördermitteln will die Noske-Kaeser GmbH eine neue Generation von Kälteanlagen für die Proviantkühlung auf Schiffen entwickeln. Die Untersuchungen werden wissenschaftlich von der Hamburger Hochschule für Angewandte Wissenschaft und der Technischen Universität Hamburg-Harburg begleitet.

Rückfragen:

Behörde für Wirtschaft und Arbeit, Michael Ahrens

Tel.: (040) 42841-1627

Pressestelle@bwa.hamburg.de

www.hamburg.de/bwa

Innovationsstiftung Hamburg, Alexei Ivanov

Tel. 040/822 20 78-65, Fax: - 60

ivanov@innovationsstiftung.de

www.innovationsstiftung.de

9. Dezember 2008/bsg10

Mehr Schutz für unsere Haut

Arbeitskreis für Arbeitssicherheit informiert über häufigste Berufskrankheit

Hauterkrankungen sind die am häufigsten angezeigten Berufskrankheiten. Sie verursachen nicht nur körperliches Leid und psychische Belastungen bei den betroffenen Mitarbeitern, sie führen häufig sogar zur Aufgabe des Berufes. Auch sind längst nicht mehr nur die klassischen hautbelastenden Berufe, wie z.B. in der Pflege oder im Baugewerbe, betroffen.

„Hautkrankheiten sind zwar in erster Linie für die Betroffenen ein leidvolles Problem, aber auch für Unternehmen haben sie Folgen“, so **Gesundheitssenator Dietrich Wersich**. „Die Erkrankungen verursachen hohe Ausfallzeiten der Mitarbeiter und ziehen Kosten nach sich. Viele Unternehmen haben bereits erkannt, dass gut organisierter Hautschutz mehr bedeutet, als den gesetzlichen Anforderungen gerecht zu werden. Er bedeutet eine sinnvolle Investition in die Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Mitarbeiter. Dafür wollen wir weitere Unternehmen sensibilisieren.“

Mit einer Vortragsveranstaltung will der Hamburger Arbeitskreis für Arbeitssicherheit Unternehmen über das Thema Arbeitsschutz im Hinblick auf Hautkrankheiten informieren und an Praxisbeispielen unterschiedliche Herangehensweisen aufzeigen. Denn nur wer um die Gefährdungsmechanismen weiß, kann diesen mit entsprechendem Know-how in seinem Betrieb entgegenwirken.

Interessierte aus Unternehmen wie auch Vertreter der Medien sind zur

**Vortragsveranstaltung, am 11. Dezember 2008, 14.00 Uhr,
im Saal 6 des Congress Centrums Hamburg, herzlich eingeladen.**

In den Vorträgen werden

- der Hautschutz als Eckpunkt der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie vorgestellt,
- konkrete Hilfskonzepte und Möglichkeiten der Unterstützung betroffener Mitarbeiter aufgezeigt,
- praxisnahe Anregungen vorgestellt, im eigenen Unternehmen den Hautschutz zu organisieren und nachhaltig zu verankern sowie
- Hinweise zur Auswahl und Anwendung von Hautschutzmitteln gegeben.

Im Foyer wird eine Ausstellung zum Thema Hautschutz in der betrieblichen Praxis und zu Projekten der ArbeitsschutzPartnerschaft Hamburg die Vorträge begleiten. Weitere Informationen stehen im Internet unter <http://www.ak-hamburg.net/> zur Verfügung.

Für Rückfragen der Medien:

Nicole Conrad,
Arbeitskreis für Arbeitssicherheit in Hamburg
Tel: (040) 4125 – 331, Fax: (040) 4125 – 645,
E-Mail: arbeitskreis@ak-hamburg.net; Internet: www.ak-hamburg.net

Rico Schmidt,
Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Tel: (040) 4 28 63 - 34 78, Fax: (040) 4 28 63 - 38 49,
E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de, Internet: www.hamburg.de/bsg

11. Dezember 2008/bsg11

Gesund und sicher am Arbeitsplatz: Neue Herausforderungen für den Arbeitsschutz

Hamburg legt Arbeitsschutzbericht mit Zielen, Strategien und Handlungsfeldern vor

Der vierte Hamburger Arbeitsschutzbericht der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz (BSG) steht ganz im Zeichen neuer Herausforderungen für den Arbeitsschutz.

„Wir wollen Betriebe unterstützen, sich den Herausforderung zu stellen, die auf sie zukommen, und gemeinsam mit ihnen Lösungen entwickeln. Unternehmen müssen sich mit dem Thema einer alters- und alternsgerechten Arbeit auseinandersetzen, da in den kommenden Jahren der Anteil älterer Arbeitnehmer steigen wird. Kleine und mittlere Unternehmen benötigen Hilfestellung, um ihren Arbeitsschutz besser zu systematisieren. Der neue Arbeitsschutzbericht enthält dazu viele Anregungen“, so **Dietrich Wersich, Hamburgs Senator für Gesundheit und Verbraucherschutz**. „Wir haben uns aktiv in die Entwicklung der gemeinsamen deutschen Arbeitsschutzstrategie eingebracht und werden die Ziele für eine gesündere Arbeitswelt gemeinsam mit Kooperationspartnern in Hamburg umsetzen.“

Interessierte Arbeitsschutzlaien, Einsteiger und Fortgeschrittene im Arbeits- und Gesundheitsschutz erhalten Antworten auf drei zentrale Fragen: Was bedeutet die Gemeinsame Deutsche Arbeitsschutzstrategie für Hamburg, wie setzt das Amt für Arbeitsschutz europäische Strategien für einen besseren Arbeitsschutz in Klein- und Mittelbetrieben um und wie können Unternehmen mit alternden Belegschaften erfolgreich sein?

Gemeinsame Deutsche Arbeitsschutzstrategie als zentrale Herausforderung

Wer macht mit, was will sie erreichen und wie setzen wir nationale Ziele in Hamburg um? Arbeitsunfälle, Muskel- und Skeletterkrankungen sowie Hautkrankheiten sollen in den kommenden vier Jahren deutlich verringert werden. Die ArbeitsschutzPartnerschaft Hamburg

wird sich mit ihren Partnern aus Unternehmensverbänden, Kammern, Gewerkschaften und Berufsgenossenschaften in diesen Feldern intensiv in die Arbeitsschutzstrategie einbringen.

Arbeitsschutz ist keineswegs nur ein Thema für große Betriebe

Auch kleine und mittlere Unternehmen können einen höheren Standard im Arbeitsschutz erreichen. Der Bericht zeigt beispielhaft an vier Projekten, wie europäische Strategien in und mit kleineren Betrieben umgesetzt werden. Gemeinsam mit Kooperationspartnern entwickelt und erprobt die Arbeitsschutzbehörde Instrumente für einen systematischen Arbeitsschutz. Die moderierte Gefährdungsbeurteilung in ambulanten Pflegediensten, der Gefahrstoff-Check für das Kraftfahrzeughandwerk, ein organisierter Erfahrungsaustausch für Betreuer von Kleinbetrieben und Workshops für Unternehmer sind nur einige Beispiele.

Erfolgreich mit alternden Belegschaften

Die demografische Entwicklung ist die dritte Herausforderung für den Arbeits- und Gesundheitsschutz. Dabei müssen alle Altersgruppen im Blickfeld der Unternehmen stehen. Es genügt nicht, nur älteren Beschäftigten altersgerechte Arbeitsplätze einrichten zu wollen.

Auf den über neunzig Seiten erfahren Hamburger Unternehmen auch, dass sie für einen vorbildlichen Arbeitsschutz ausgezeichnet werden und wer diese Arbeitsschutzanerkennung bereits vorweisen kann. Veranstaltungsangebote für Berufseinsteiger, für arbeitsmedizinische und sicherheitstechnische Betreuer von Kleinbetrieben sowie Hinweise auf neue Publikationen des Amtes für Arbeitsschutz sind ebenfalls im Bericht enthalten.

Der Arbeitsschutzbericht kann ab morgen kostenlos per Anschreiben beim Amt für Arbeitsschutz, Billstraße 80, 20539 Hamburg, und telefonisch unter 42837–3134 bestellt oder unter www.hamburg.de/arbeitsschutzpublikation herunter geladen werden.

Für Rückfragen der Medien:

Rico Schmidt,
Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Tel: (040) 4 28 63 - 34 78, Fax: (040) 4 28 63 - 38 49,
E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de, Internet: www.hamburg.de/bsg

9. Dezember 2008/bsu09

Hamburgs Klimaschutzstrategie wird ausgebaut

Erster Jahresbericht zum Klimaschutzkonzept Hamburg belegt hohe Reichweite und setzt neue Schwerpunkte für 2009

Mit der heute vorgelegten Fortschreibungsdrucksache zum Hamburger Klimaschutzkonzept 2007-2012 setzt der Senat neue Maßstäbe und stellt die Weichen zum Erreichen der mittel- und langfristigen Klimaschutzziele Hamburgs. Die Weiterentwicklung des Klimaschutzkonzepts umfasst aktuell 277 Maßnahmen und Projekte und damit 83 mehr als zum Start im August 2007.

Das vorliegende Konzept wurde in zahlreichen Punkten erweitert und ist dazu ein umfassender, in dieser Breite bislang beispielloser Umsetzungsbericht für lokale Klimaschutzaktivitäten in Deutschland. Der Senat strebt an, bis 2020 eine Verminderung des jährlichen CO₂-Ausstoßes in Hamburg um 40 % auf der Basis von 1990 und dabei bereits bis 2012 eine Minderung der jährlichen Emissionsmengen um 2 Mio. t CO₂ zu erreichen.

Stadtentwicklungs- und Umweltsenatorin Anja Hajduk: „Die vorliegende Fortschreibung des Klimaschutzkonzepts beinhaltet drei wichtige Botschaften. Erstens: Klimaschutz ist jetzt in Hamburg gängige Praxis. Derzeit sind rund 120 Projekte in der praktischen Umsetzung, zu weiteren knapp 150 Maßnahmen gibt es verbindliche Planungen. Zweitens: Wir haben die Weichen gestellt für eine zukunftsfähige, klimaschonende Energieversorgung Hamburgs und werden zügig umstellen auf den konsequenten Einsatz von CO₂-armer Kraft-Wärme-Kopplung, den Ausbau erneuerbarer Energien und eine klar nachweisbare Verbesserung der Energieeffizienz. Dazu wird „Hamburg Energie“ maßgeblich beitragen. Drittens: Gerade in Zeiten von Finanzkrise und Konjunkturabschwung gehen wir in die Offensive, denn Investitionen in den Klimaschutz bieten große Chancen, um antizyklisch Impulse zu setzen. Die Zusammenarbeit mit der Hamburger Wirtschaft ist und bleibt ein wichtiges Element und wird durch zusätzliche Kooperationsprojekte weiter ausgebaut.“

Wie erfolgreich das Klimaschutzkonzept Hamburg ist, beweist schon, dass von 25 Mio. Euro Sondermitteln, die für 2008 von der Bürgerschaft bewilligt worden waren, 94% (23,5 Mio. Euro) in die Umsetzung gebracht wurden. Auch für 2009 und 2010 sollen jeweils jährlich 25 Mio. Euro bereitstehen.

Teil des Klimaschutzkonzepts Hamburg ist auch die Mitarbeit in internationalen Netzwerken. Der Senat hat ebenfalls heute den Beitritt zur EU-Initiative „**Konvent der**

Bürgermeister/innen“ für Energieeffizienz beschlossen. Der Konvent wurde von der EU-Kommission gegründet, um Städte über konkrete Projekte in den Kampf gegen den Klimawandel einzubeziehen. Ein eigens eingerichtetes Sekretariat wird die Koordination und Förderung der Aktivitäten erleichtern. Besonders wichtig für Hamburg ist dabei der direkte Kontakt zur EU-Kommission.

Beispiele für neue Maßnahmen des Klimaschutzkonzepts Hamburg

Klimafreundliche Mobilität:

- Der Senat wird Potenziale und Anwendungsmöglichkeiten umweltfreundlicher Antriebstechniken für Kraftfahrzeuge in Hamburg untersuchen lassen, um deren Markteinführung zu beschleunigen. Hierbei sind neben Gas oder Wasserstoff bzw. Brennstoffzellen insbesondere aktuelle Entwicklungen bei Batterietechnologien und darauf basierenden Elektroantrieben zu berücksichtigen.
- Es soll ein „Verkehrs- und Mobilitätsmanagementplan“ für Hamburg und die Metropolregion aufgestellt werden. Ziel ist es, innovative Technologien, Verfahren und Konzepte im Bereich Verkehrsordnung und -steuerung verstärkt zu nutzen, um das bestehende Verkehrsangebot in Hamburg zu optimieren und die Nachfrage insbesondere vor dem Hintergrund der Herausforderungen des Klimawandels nachhaltig zu beeinflussen. Der Verkehrs- und Mobilitätsmanagementplan soll mit externer Hilfe erarbeitet werden. Die entsprechende Vergabe ist für das erste Quartal 2009 vorgesehen. Er könnte nach der Sommerpause 2009 vorliegen.
- Der Senat bewertet die Autofreien Sonntage 2008 als erfolgreichen Start einer mehrjährigen Kampagne. Das Konzept für die Autofreien Sonntage 2009 sieht vor, dass auch im kommenden Jahr die Nutzung von Bus und Bahn kostenlos sein wird und die Anzahl der Aktionstage von vier auf zwei verringert wird. Zugleich soll eine vermehrte Inanspruchnahme von Verkehrsflächen und Straßenraum (weiträumigere Sperrungen) realisiert werden.
- Der Senat baut das Fahrradkonzept aus. Zwei Beispiele: Im Rahmen der Veloroute 5 laufen die Planungen für den 5,2 km langen Straßenzug Bramfelder Chaussee - Bramfelder Straße - Barmbeker Markt auf Hochtouren. Auf Höhe U-Bahnhof Dehnhaide wird an die Radwege Hamburger Straße - Mundsbürger Damm angeschlossen, so dass im Endergebnis eine knapp 10 km lange Fahrradmagistrale die innere Stadt (Außenalster) mit Barmbek-Süd, Bramfeld, Wellingsbüttel und Sasel verbindet. Und: Im Mai 2009 soll das Fahrradleihsystem mit 1.000 Rädern und rund 70 Leihstationen starten.

Gebäudesektor:

- Die künftige Energieversorgung für die 7.500 Wohneinheiten der Großsiedlung Mümmelmannsberg wird als Leitprojekt geplant. Im Rahmen einer externen Studie lässt SAGA/GWG prüfen, welches Versorgungskonzept in Kombination mit energetischen Maßnahmen an den Gebäuden zukunftsfähig ist. Schwerpunkt ist die Nutzung regenerativer Energiequellen. Dabei werden gemeinsam mit SAGA/GWG vorbildliche Beispiele aus Großsiedlungen anderer Städte einbezogen.
- Ein Gutachten soll prüfen, wie bei der Sanierung von Baudenkmalern und sonstigen stadtbildprägenden Bauten am besten Energie eingespart werden kann. Es soll beispielhaft darlegen, wie Bewahrung des Stadtbildes und Steigerung der Energieeffizienz miteinander zu verbinden sind. Ziel ist es, einen Katalog für Maßnahmen zu erstellen, die zur energetischen Verbesserung von Denkmälern geeignet sind, eine Klassifizierung des betroffenen Baubestandes vorzunehmen, Pilotprojekte umzusetzen und Schulungsmöglichkeiten für das Handwerk zu entwickeln. Es soll ein hamburgweites Kriterien-, Gebiets- und Gebäudetypologie-Raster entwickelt werden.

Kooperation mit der Wirtschaft:

- Es gibt zwei neue Förderprogramme: „Innovative Produkte und Produktionsverfahren bei der Energieerzeugung oder -umwandlung“ und „Integrierte Produktentwicklung (IPP)“. Sie sollen kleinere und mittlere Unternehmen bei der Einführung ressourcenschonender und klimafreundlicher Produkte auf den so genannten „frühen Märkten“ unterstützen. Beispiele sind Verfahren der Kraft-Wärme-Koppelung sowie innovative Ansätze bei Anwendungen im Bereich Erneuerbarer Energien. Dadurch wird Hamburg als Anwendungsstandort technologischer Innovationen weiter nach vorn gebracht.
- Das Arbeitsprogramm der UmweltPartnerschaft Hamburg wurde mit noch anspruchsvolleren Zielen als bisher versehen: die Zahl der umweltengagierten Unternehmen soll von 1.500 auf 5.000 und die Zahl der UmweltPartner von 450 auf 1.000 gesteigert werden. Die Umweltleistungen, auf die sich diese Zielzahlen beziehen, liegen überwiegend in den Bereichen Klimaschutz und Umweltmanagement. Helfen sollen dabei auch mobile Beratungsteams der Handwerks- und Handelskammer, die die Unternehmen aufsuchen und mit ihnen gemeinsam Einsparpotenziale bei Ressourcen und Betriebskosten analysieren und konkrete Projekte vorbereiten.
- Mit der umfassenden Kampagne des neuen Netzwerks „Kälte-Effizienz“ wurde im Jahr 2008 ein intensiver Wissens-Transfer zwischen Betreibern, Fachbetrieben, Planern, Herstellern, Wissenschaftlern und Verbänden organisiert und zugleich mit dem Förderprogramm „Unternehmen für Ressourcenschutz“ gekoppelt. Ziel ist es, den Energieverbrauch von Kälteanlagen in Hamburger Betrieben zu senken und hierzu bei den Anlagenbetreibern notwendige finanzielle Anreize für die Umsetzung von Effizienzmaßnahmen zu setzen. Das Netzwerk ist zunächst für drei Jahre angelegt.

Bewusstsein, Bildung, Qualifizierung:

- Mindestens die Hälfte der allgemeinbildenden Hamburger Schulen soll bis Ende 2012 einen „Klimaschutzplan“ erarbeitet haben. Ein solcher Plan beschreibt die pädagogischen, energie- und gebäudetechnischen Ziele und die Maßnahmen, die die Schule mit ihren Akteuren (Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler, Eltern, regionale Partner) zum Klimaschutz gemeinsam umsetzen, um damit einen messbaren Beitrag zur Reduzierung der CO₂-Emissionen leisten.

Eigener städtischer Verantwortungsbereich („Stadt als Vorbild“):

- In der Hamburgischen Verwaltung darf grundsätzlich nur Recyclingpapier mit dem Blauen Engel (Weißegrad 70 oder 80) eingesetzt werden. Abweichungen von diesem Grundsatz sind nur durch Ausnahmeregelungen zugelassen.
- Es werden Energieprofile für unterschiedliche Verwaltungsarbeitsplätze und Dienststellen erstellt. Die Ergebnisse sollen Aufschluss darüber geben, wie die Energieeffizienz bei der Nutzung der IuK-Technologie verbessert werden kann. Die aus dieser Erhebung gewonnenen Erkenntnisse sollen dazu genutzt werden, einen möglichst klimaschonenden IuK-Einsatz (sog. Green ICT) zu entwickeln.
- Das in 2008 erfolgreich begonnene Programm der energetischen Sanierung von Polizei- und Feuerwachen wird weiter umgesetzt.
- Beginnend mit dem zweiten Halbjahr 2009 wird für den städtischen Fuhrpark (einschließlich Polizei und Feuerwehr) ein einheitlicher, monatlicher Bericht über wesentliche ökonomische und ökologische Parameter eingeführt.

Energieversorgung:

- Ein städtisch geführtes Unternehmen wird zu einem starken, am Gemeinwohl orientierten Wettbewerber auf dem Energiemarkt entwickelt, das ein Angebot für atom- und kohlefreien, klimafreundlichen Strom auf den Markt bringt.
- Die rechtlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Übernahme der Fernwärme-, Strom- und Gasnetze durch die Stadt oder ein städtisches Unternehmen werden sorgfältig geprüft. Außerdem wird eine Konzeption für die Übernahme insbesondere des Gas- und Fernwärmenetzes und die Koordination der Energienetze unter den Gesichtspunkten des Klimaschutzes, der Wirtschaftlichkeit und der Versorgungssicherheit ausgearbeitet.
- Wärme wird in Hamburg immer noch weitgehend ohne gleichzeitige Stromproduktion erzeugt. Die Potenziale für Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) wurden hier zuletzt Mitte der 90er Jahre ermittelt. Durch die Fortschreibung des Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetzes haben sich die Rahmenbedingungen für Investitionen in KWK-Anlagen seitdem deutlich verbessert. Gegenwärtig werden im Rahmen zweier Studien die Potenziale für KWK ermittelt und Anlagen auf ihre Eignung untersucht. Geplant ist, diese Studien im Frühjahr 2009 abzuschließen. Im Rahmen einer sog. „KWK-Initiative“ sollen auf Grundlage dieser aktualisierten Erkenntnisse gezielt Projekte realisiert werden.
- Es wird eine weitere Optimierung der Wertstoffeffassung (Papier und Bioabfälle) aus privaten Haushalten angestrebt. Hierzu wird mit der Stadtreinigung Hamburg geprüft, welche Maßnahmen schrittweise realisiert werden. Hierbei wird angestrebt, die jährliche Menge des aus privaten Haushalten erfassten Altpapiers bis 2012 um bis zu 30.000 t/a gegenüber 2006 zu steigern.
- Der Senat wird künftig gezielt Maßnahmen unterstützen, mit denen der Anteil Erneuerbarer Energien am Standort Hamburg spürbar gesteigert werden kann. Unabhängig von laufenden Förderprogrammen sollen auf diese Weise einzelne, besonders in Bezug auf ihre Leistungsfähigkeit herausragende „Leitprojekte“ unterstützt werden können, von denen ein wichtiger Impuls auf die gesamte Energieversorgung der Stadt ausgeht. Gefördert werden soll insbesondere dann, wenn durch ein Einzelvorhaben der bisherige Anteil des betreffenden Energieträgers am Hamburger Energiemix erheblich gesteigert wird. Die Maßnahme soll grundsätzlich offen sein für Vorhaben in den Bereichen Wind, Solar, Biomasse oder Geothermie.

Klimafolgenmanagement:

- Es wird eine behördenübergreifende Hamburger Strategie zur Anpassung an den Klimawandel erarbeitet und dem Senat bis Ende 2010 zur Entscheidung vorgelegt. Hier werden sämtliche Faktoren vom Deichbau über Gesundheitsvorsorge bis zur Stadtplanung zusammengeführt. Unter Hinzuziehung externen Sachverständigen soll ein umfassender Orientierungsrahmen erstellt werden.
- Das erfolgreich beim Bund beantragte Vorhaben „Klimawandel in Regionen zukunftsfähig gestalten – KLIMZUG“ wird im Frühjahr 2009 starten und eine Vielzahl von Aktivitäten zum Klimafolgenmanagement in der Metropolregion Hamburg beinhalten.
- Der Klimawandel erfordert neues, nachhaltiges und umweltgerechtes Bauen und eine entsprechende Stadtentwicklung. Um detaillierter planen zu können, wird eine Machbarkeitsstudie über die Möglichkeit genauer Modellierungen von Stadtklima durchgeführt.

Der vollständige Wortlaut der Drucksache steht im Internet unter:

<http://www.klima.hamburg.de/>

10. Dezember 2008/bsu10

Hamburg wird Modellregion für Virginia

US-Delegation informiert sich über Klimaschutz-Strategien

Klimaschutz-Metropole Hamburg: Preston Bryant, Umweltminister des US-Bundesstaates Virginia und der Kongress-Abgeordnete der Demokraten, Gerry Connolly, haben sich heute in Hamburg bei Umweltsenatorin Anja Hajduk über praktische nachhaltige Klimaschutz- und Energieprojekte informiert.

Grund für das rege Interesse an der Hamburger Klimaschutzpolitik ist die Tatsache, dass der US-Bundesstaat seinen CO₂-Ausstoß bis zum Jahr 2030 um 30 Prozent senken will. Kernthema der Gespräche waren lokale und regionale Hamburger Klimaschutzkonzepte, erneuerbare Energien, die energetische Sanierung von Gebäuden und Energieeffizienz.

Hamburg ist neben Stuttgart die einzige deutsche Stadt, in der sich die zehnköpfige US-Delegation, der auch der Kongress-Abgeordnete Gerry Connolly angehört, informiert. Connolly hob hervor: „Es war für uns eine wertvolle, informative Reise. Wir nehmen aus Hamburg viele neue Ideen für eine klimaschonende Energiegewinnung mit in die USA.“

Umweltminister Preston Bryant ist gleichzeitig Vorsitzender der „Commission on Climate Change“ und beauftragt, Handlungsstrategien zur Reduzierung der Treibhausgase sowie Programme zur Gewinnung von Wind- und Solarenergie zu entwickeln. Ziel der Delegation ist es nun, die Hamburger Projekte auf die Übertragbarkeit im eigenen Land hin zu überprüfen.

Infos zu den Fotos: Der Kongress-Abgeordnete Gerry Connolly, Senatorin Anja Hajduk und Preston Bryant, Umweltminister des US-Bundesstaates Virginia (v.l.n.r.)

Rückfragen:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
- Pressestelle -
Tel.: 040 / 428 40 -3063 od. -3249

11. Dezember 2008 /bfi-11

Arbeitsgruppe Scientology warnt vor Schreiben an Hamburger Schulen

Die Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte Deutschland e.V. (KVPM), eine der Einheiten der Scientology Organisation, die nicht sofort als scientologisch erkannt werden kann, schreibt zurzeit die Hamburger Schulen an, um Daten über Schüler zu erhalten.

In dem Schreiben wird das Auskunftsbegehren auf das Hamburgische Informationsfreiheitsgesetz gestützt. Es wird u. a. abgefragt, wie viele Schüler es an der jeweiligen Schule gibt, oder wie viele Schüler aufgrund einer festgestellten Lernstörung von der Benotung freigestellt wurden.

Die Arbeitsgruppe Scientology der Hamburger Innenbehörde wurde von aufmerksamen Schulleiterinnen und Schulleitern über diese neue Aktion der Ausforschung informiert. Dazu **Ursula Caberta**: „Scientology versucht hier über eine wenig bekannte Unterorganisation gezielt, Schulen auszuforschen, um äußerst sensible Daten zu erhalten, die dann später von der Scientology Organisation genutzt werden können. Diese Instrumentalisierung eines Gesetzes, das die Freiheitsrechte der Bürger stärken soll, ist entschieden zu verurteilen.“

Für Rückfragen:

Arbeitsgruppe Scientology, Telefon 040-42886-6444; Fax: -6445

Internet: www.hamburg.de/ag-scientology/

12. Dezember 2008/bsb09

IGLU-Ländervergleich 2006

Hamburger Viertklässler schneiden im Lesen unterdurchschnittlich ab

Die Kultusministerkonferenz der Länder (KMK) hat heute in Berlin die Ergebnisse des Bundesländervergleichs zur Internationalen Grundschul-Lese-Untersuchung (IGLU) vorgestellt, an der Jahre 2006 vierte Klassen teilgenommen hatten. Hamburg liegt zwar im internationalen Vergleich deutlich über dem Mittelwert, belegt aber unter den Bundesländern den vorletzten Platz, gefolgt von Bremen. „Damit können wir nicht zufrieden sein“, sagte Hamburgs Bildungssenatorin Christa Goetsch. „Die Ergebnisse zeigen einmal mehr, dass gerade in den ersten Jahren bessere Rahmenbedingungen für das Lesenlernen geschaffen werden müssen.“ Sehr früh müsse mit der intensiven Förderung von Kindern mit ungünstigen Lernvoraussetzungen begonnen werden. „Der Vergleich mit dem im Jahr 2003 getesteten KESS-Jahrgang zeigt, dass die Entwicklung der Leseleistung der Hamburger Grundschul Kinder stagniert. Daher werden wir das seit dem Schuljahr 2005/2006 bestehende Hamburger Sprachförderkonzept konsequent weiterentwickeln. Spaß am Lesen bringt Kinder auch zu besseren Leistungen“, sagte Goetsch.

Erstmals nahmen alle 16 Bundesländer mit repräsentativen Stichproben teil. In Hamburg waren 25 Grundschulen beteiligt. Getestet wurden verschiedene Teilkompetenzen des Lesens anhand literarischer oder informierender Texte. Die Schülerinnen und Schüler wurden darüber hinaus nach ihren Lesegewohnheiten, Leseanlässen und Lesevorlieben sowie zu ihren Freizeitaktivitäten befragt. Ihre Eltern, Lehrkräfte und Schulleitungen beantworteten Fragen zu fachlichen Ansätzen im Deutschunterricht, professionellen Standards und zum Leseinteresse der untersuchten Schülerschaft.

Während Deutschland im internationalen Vergleich auch gegenüber der Erhebung im Jahre 2001 in allen getesteten Dimensionen der Lesekompetenz besser abgeschnitten hat, zeigt sich auf Bundesländerebene ein heterogenes Bild. Hamburg belegt in nahezu allen Bereichen einen unteren Rangplatz, signifikant unterhalb des deutschen Mittelwertes. Im Vergleich zur 2003 flächendeckend durchgeführten Hamburger KESS 4-Untersuchung stagnieren die Leseleistungen bei identischer Bandbreite. Im internationalen Vergleich liegt Hamburg (528 Punkte) über dem Mittelwert aller teilnehmenden Staaten (506 Punkte) und unterscheidet sich kaum von den Mittelwerten der OECD-Staaten (537 Punkte) und den Staaten der EU (534 Punkte).

Die wichtigsten Ergebnisse für Hamburg:

- Hamburg belegt im Leseverständnis mit 528 Punkten den 15. Platz unter den 16 Bundesländern. Nur Bremen (522 Punkte) liegt gemeinsam mit Hamburg signifikant unter dem deutschen Mittelwert.
- Der Anteil besonders leseschwacher Schülerinnen und Schüler in Hamburg (22,1 %) unterscheidet sich vom durchschnittlichen Anteil in Deutschland (13,2 %) statistisch nicht signifikant. Allerdings weisen nur die Stadtstaaten Bremen (22,5 %) und Berlin (24,9 %) einen noch höheren Anteil an besonders leseschwachen Kindern auf als Hamburg.
- Auch bei den sogenannten „Spitzenlesern“ unterscheiden sich die Hamburger Viertklässler mit einem Anteil von 6,8 Prozent zusammen mit 14 weiteren Ländern nicht bedeutsam vom bundesdeutschen Mittelwert (10,8 %). Nur Bremen hat mit 5,5 Prozent einen deutlich geringeren Anteil an „Spitzenlesern“ zu verzeichnen.
- Deutschland erreicht im Bereich textimmanente Verstehensleistungen (direkte Entnahme von Informationen aus Texten) aus internationaler Perspektive vergleichsweise hohe Werte. Bezogen auf die internationale Stichprobe sind auch die Werte der Hamburger Viertklässler überdurchschnittlich. Im Ländervergleich liegt Hamburg vor Berlin und Bremen auf dem vierzehnten Platz.
- Bei den wissensbasierten Verstehensleistungen (Leseverstehen auf Basis von Hintergrundwissen) erreicht Deutschland im internationalen Vergleich eher durchschnittliche Ergebnisse (540 Punkte). Die Leistungen in Hamburg (521 Punkte) und Bremen (515 Punkte) unterscheiden sich hier deutlich vom deutschen Mittelwert.
- In allen Bundesländern schneiden die Kinder bei der direkten Entnahme von Informationen aus Texten (textimmanente Verstehensleistungen) signifikant besser ab als bei komplexeren Verstehensprozessen auf Basis von Hintergrundwissen (wissensbasierte Verstehensleistungen).
- In Hamburg und zwölf weiteren Bundesländern erzielen die Jungen ähnlich gute Leseleistungen wie die Mädchen. Signifikante Unterschiede zugunsten der Mädchen zeigen sich nur im Saarland, in Sachsen und in Sachsen-Anhalt.
- In Hamburg ist ein vergleichsweise hoher Anteil an Schülerinnen (14 %) und Schülern (23 %) zu verzeichnen, die außerhalb der Schule nach eigenen Angaben nie oder fast nie zum Vergnügen lesen. Zusammen mit Bremen befindet sich Hamburg (beide 18 %) damit auf dem 13. Platz. In allen Bundesländern ist der Anteil an Jungen in dieser Gruppe deutlich höher als der der Mädchen.
- Kinder aus bildungsnahen Elternhäusern haben in Deutschland einen deutlichen Leistungsvorsprung vor Kindern aus bildungsfernen Elternhäusern. Die Koppelung zwischen sozialer Herkunft und Schülerleistung ist in den beiden Stadtstaaten Hamburg und Berlin besonders eng.

- Betrachtet man die Leseleistung unter Berücksichtigung des Migrationshintergrundes, so zeigt sich, dass Kinder aus Familien ohne Migrationshintergrund im Bundesdurchschnitt eine deutlich höhere Leseleistung erreichen als Kinder, deren beide Eltern im Ausland geboren sind. Unter den Hamburger Viertklässlern liegt die Differenz mit 41 Punkten leicht unter dem Bundesdurchschnitt (48 Punkte).
- Das Ausmaß der Leseförderung im Elternhaus unterscheidet sich in Hamburg nicht vom bundesdeutschen Durchschnitt.

Rückfragen

Dr. Annegret Witt-Barthel

Pressesprecherin der Behörde für Schule und Berufsbildung

Hamburger Straße 31

22083 Hamburg

T: (040) 42863-2003

F: (040) 42 79 78-999

M: 0172-4247071

E: Annegret.Witt-Barthel@bsb.hamburg.de

Aktuelles zur Hamburger Schuloffensive:

www.hamburg.de/schulreform

09. Dezember 2008/fb09

Zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über die Entfernungspauschale

Das Bundesverfassungsgericht hat am 09.12.2008 die ab 2007 geltende Kürzung der Entfernungspauschale um die ersten 20 Kilometer der Entfernung zwischen Wohnung und Arbeitsstätte für verfassungswidrig erklärt. Damit ist rückwirkend ab 2007 wieder die „alte“ Pauschale ab dem ersten Entfernungskilometer anzuwenden. Die Bundesregierung beabsichtigt, dieses Urteil für die Jahre 2007 bis 2009 voll inhaltlich umzusetzen, erst für 2010 wird - auch vor dem Hintergrund der nach wie vor gebotenen Haushaltskonsolidierung - eine gesetzliche Neuregelung erwogen.

Diejenigen, die für das Jahr 2007 eine Einkommensteuererklärung abgegeben und den Abzug der Entfernungspauschale wie Werbungskosten beantragt haben, brauchen nicht selbst tätig zu werden. Da die Steuerbescheide insoweit vorläufig ergangen sind, werden die Finanzämter in absehbarer Zeit eine Korrektur und eine entsprechende Erstattung vornehmen. Angesichts von zu leistenden Vorarbeiten und der Vielzahl der zu korrigierenden Fälle bittet die Steuerverwaltung jedoch darum, vorerst von Einzelanfragen abzusehen. Im Übrigen werden in den nächsten Tagen noch Bescheide zugestellt werden, die vor der Veröffentlichung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts erstellt wurden und deren Versand nicht mehr aufgehalten werden kann. Auch diese werden selbstverständlich automatisch korrigiert werden.

Wer allerdings in seiner Einkommensteuererklärung 2007 noch keine Angaben zur Entfernungspauschale gemacht oder für 2007 noch keine Steuererklärung abgegeben hat, kann diese Angaben nachholen bzw. eine Erklärung abgeben.

Rückfragen:

Pressestelle der Finanzbehörde, Daniel Stricker
Telefon (040) 428 23 - 1662, Telefax (040) 4279 23 - 556
E-Mail: daniel.stricker@fb.hamburg.de

8. Dezember 2008/jb08

Justizsenator Dr. Steffen: Beim Datenschutz zügiges Handeln der Bundesregierung nötig

Der Hamburger Justizsenator Dr. Till Steffen fordert die Bundesregierung bei der Überarbeitung des Datenschutzes zu zügigem Handeln auf. Die Berichterstattungen über illegal gehandelte Daten reißen nicht ab, die Bundesregierung räumt der Bekämpfung aber offenbar nicht die nötige Priorität ein. Erforderlich sind jetzt eine klare Einwilligungslösung und ein Herkunftsnachweis für Daten.

Dr. Till Steffen:

„Jetzt wird bekannt, dass die Bankdaten von über 21 Millionen Deutschen illegal im Umlauf sind. Da ist zügiges Handeln gefordert. Wir brauchen eine klare **Einwilligungslösung**: Die Datenverwendung soll nur zulässig sein, wenn die Verbraucher ausdrücklich ihre Einwilligung hierzu erklären. Hinzu treten muss ein **Herkunftsnachweis** für Daten: Wo kommen die Daten her? Für welche Zwecke wurden sie genutzt? An wen sind sie weitergegeben worden? Den Bürgerinnen und Bürgern müssen wir endlich ein wirksames Instrument zur Gewährleistung der Datensicherheit an die Hand gegeben. Unsere Ermittlungsbehörden haben uns darauf hingewiesen, dass wir diesen Herkunftsnachweis dringend brauchen, damit der Datenschutz kein stumpfes Schwert bleibt. Die Vorschläge liegen lange auf dem Tisch. Hamburg hat im Bundesrat konstruktiv am Gesetzgebungsverfahren mitgewirkt. Die Bundesregierung darf nun nicht länger zögern.“

Rückfragen an:

Thorsten Fürter , Justizbehörde
Tel: 42843-3143 · Mobil: 0172/4327953
Thorsten.Fuerter@justiz.hamburg.de

8. Dezember 2008/bwa08a

Wechsel in der Pressestelle der Behörde für Wirtschaft und Arbeit

Die Journalistin Jana Tiemann ist ab heute stellvertretende Pressesprecherin der Behörde für Wirtschaft und Arbeit. Die Aufgaben von Kerstin Feddersen, die ab sofort im Stabsbereich der Behörde für Projekt- und Aufgabencontrolling zuständig ist, übernimmt Michael Ahrens. Jana Tiemann wird unter der Telefonnummer: 42841-2239 zu erreichen sein. Die 30jährige gebürtige Bremerin war zuletzt freiberuflich für den Kontakter tätig, davor für die WELT und die Hamburger Morgenpost.

Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft und Arbeit

Tel.: (040) 42841-1627

Email: Pressestelle@bwa.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bwa

12. Dezember 2008/bsg12

Hohe Auszeichnung für Eleonore Rudolph

Senator Wersich überreichte der 85jährigen heute das Bundesverdienstkreuz

Die Biographie von Eleonore Rudolph ist beeindruckend: 27 Jahre lang war sie für die CDU Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft, von 1997 bis zu ihrem Ausscheiden 2001 Alterspräsidentin. Darüber hinaus engagiert sie sich seit vielen Jahrzehnten im sozialen und kirchlichen Bereich: Fast 40 Jahre lang war Eleonore Rudolph in zahlreichen kirchlichen Gremien aktiv, gründete 1984 die Diakoniestation Ottensen-Bahrenfeld-Othmarschen mit und war unter anderem stellvertretende Vorsitzende des Landesverbandes des Volksbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge. Derzeit ist Eleonore Rudolph Mitglied im Stiftungsrat der Curator-Stiftung für das Hospital zum Heiligen Geist und Präsidentin des Vereins „Jung und Alt“, der den bundesweit ersten Oma-Hilfsdienst ins Leben gerufen hat.

Für ihr vielseitiges Engagement wurde die Hamburgerin jetzt mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse ausgezeichnet. Heute, an ihrem 85. Geburtstag, hat ihr Senator Dietrich Wersich die hohe Auszeichnung in ihrem Zuhause überreicht.

Senator Wersich: „Es gibt nur wenige Menschen, die sich derart engagieren wie Frau Rudolph. Ihr großer Einsatz nicht nur in der Politik, sondern auch im sozialen und kirchlichen Bereich verdient Anerkennung und hat Vorbildcharakter. Für mich ist es deswegen eine besondere Ehre, Frau Rudolph das Bundesverdienstkreuz zu überreichen und damit auch die besten Wünsche zu ihrem 85. Geburtstag zu verbinden.“

Für Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Jasmin Eisenhut

Tel.: 42863-28 89, Fax: 42863-38 49

E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bsg/

12. Dezember 2008/bksm12

Neue Direktorin für das Museum der Arbeit ernannt

Am 1.4.2009 übernimmt Dr. Kirsten Baumann Leitung des Museums

Der Stiftungsrat der Stiftung Historische Museen Hamburg hat heute, am 12. Dezember, Dr. Kirsten Baumann zur Direktorin des Museums der Arbeit und zum Vorstandsmitglied der Stiftung Historische Museen Hamburg bestellt. Sie wird ihre neuen Ämter zum 1. April 2009 antreten.

Über ihre neue Aufgabe sagte Dr. Kirsten Baumann: „Ich freue mich auf die Tätigkeit als Direktorin des Museums der Arbeit, weil es für mich eine faszinierende Aufgabe ist, die Sozial- und Industriegeschichte Hamburgs unter dem Blickwinkel der Kulturgeschichte dieser Stadt im Zusammenhang mit den anderen Häusern der Stiftung Historische Museen Hamburg zu erforschen, darzustellen und zu vermitteln.“

Dr. Kirsten Baumann ist seit 2005 stellvertretende Direktorin der Stiftung Bauhaus Dessau, wo sie seit 1997 unter anderem den Besucherdienst aufbaute, als Projektleiterin die 2007 eröffnete Dauerausstellung betreute und den Bereich Bildung und Vermittlung wissenschaftlich leitete.

1963 in Hannover geboren, studierte Dr. Kirsten Baumann von 1985 bis 1992 Geschichte und Kunstgeschichte an der Ruhr-Universität Bochum. Danach war sie an unterschiedlichen Museen wie der National Gallery of Art in Washington, dem Museum Folkwang in Essen und dem Museum für Kunst und Kulturgeschichte in Dortmund tätig und promovierte 2001 zum Thema „Wortgefechte. Völkische und nationalsozialistische Kunstkritik 1927-1939“.

Darüber hinaus hat der Stiftungsrat in seiner heutigen Sitzung einstimmig beschlossen, den Vertrag von Prof. Dr. Lisa Kosok als Direktorin des Museums für Hamburgische Geschichte bis zum 30. Juni 2013 zu verlängern. Gleichfalls einstimmig entschied der Stiftungsrat, dass Prof. Kosok für diesen Zeitraum weiterhin den Vorstandsvorsitz der Stiftung Historische Museen Hamburg innehaben wird.

Für Rückfragen:

Susanne Frischling

Pressesprecherin der Behörde für Kultur, Sport und Medien
040 – 428 24 207, susanne.frischling@bksm.hamburg.de

oder

Ilka v. Bodungen

Pressesprecherin der Behörde für Kultur, Sport und Medien
040 – 428 24 293, ilka.vonbodungen@bksm.hamburg.de

Terminkalender

Vom 15. Dezember bis 21. Dezember 2008

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182/2183 erteilt.

Montag, den 15.12.2008

- 09:00** 99423 Weimar, Burgplatz 4, Residenzschloss
Staatsrat Carsten Frigge nimmt bis zum 16.12. an der **Wirtschaftsministerkonferenz der Länder** teil.
- 10:00** Kita Moorwisch, Moorwisch 2
Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert weihet das **22. Eltern-Kind-Zentrum** ein.
- 11:00** Rathaus, Großer Festsaal
Staatsrat Dr. Stephan Hugo Winters ehrt die diesjährigen **Preisträger des Wettbewerbs „Familie gewinnt“**.
- 11:00** Lufthansa Technik
Senator Axel Gedaschko spricht ein Grußwort anlässlich der **Einweihung des Triebwerksüberholungszentrums der Lufthansa Technik AG**.
- 12:00** Staatsbibliothek der Uni, Von-Melle-Park 3, 20146 Hamburg
Senatorin Dr. Herlind Gundelach spricht ein Grußwort anlässlich der **Auftaktveranstaltung „530 Jahre Staats- und Universitätsbibliothek Carl von Ossietzky“** und präsentiert die neuen Benutzerausweise auf Lebenszeit.
- 17:00** HSH-Nordbank Arena
Bürgermeister Ole von Beust spricht anlässlich des **„Weihnachtstages“ des Projektes „Hamburger Weg“**.
- 17:30** Hamburger Rathaus, Bürgermeistersaal
Staatsrat Bernd Reinert spricht ein Grußwort anlässlich des **Wirtschaftsforums Campus Nord**.
- 18:00** Übersee-Club, Neuer Jungfernstieg
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck, Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert und Staatsrat Reinhard Stuth nehmen teil am **Empfang des Schwedischen Honorarkonsuls Leif Larsson mit traditioneller schwedischer Lucia-Feier**.
- 18:30** Rathaus, Kaisersaal
Senator Dietrich Wersich und Staatsrat Dr. Michael Voges nehmen an der **konstituierenden Sitzung des neu gewählten Integrationsbeirates** teil.

Dienstag, den 16.12.2008

- 12:00** Rathaus, Kaisersaal
Senator Ahlhaus gibt ein **Senatsfrühstück** anlässlich des **50. Geburtstages**

des Segelschulschiffes Gorch Fock.

18:00 Stade, „Am Schäferstieg 2, Großer Sitzungssaal
Senator Axel Gedaschko hält einen **Festvortrag** anlässlich der
Hanseatischen Tafel der Industrie- und Handelskammer Stade.

19:30 „Hamburg1“, Rothenbaumchaussee 80
Bürgermeister Ole von Beust spricht anlässlich der **Veranstaltung**
„Hamburger des Jahres“.

Staatsrat Reinhard Stuth nimmt teil.

Mittwoch, den 17.12.2008

09:00 Rathaus, Raum III
Staatsrat Reinhard Stuth empfängt den **Kulturausschussvorsitzenden Rolf**
Tufvesson der schwedischen Region Schonen.

13:00 Berlin, Residenz der Botschafterin von Schweden
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann nimmt auf **Einladung der**
Botschafterin von Schweden, Ruth Jacoby, teil an einem **Gespräch mit**
dem Botschafter von Norwegen, Sven Svedman, dem Botschafter von
Dänemark, Carsten Søndergaard, und dem Botschafter von Island,
Olafur Davidson.

14:30 Museum für Kunst und Gewerbe, Steintorplatz
Bürgermeister Ole von Beust besucht das **Museum für Kunst und**
Gewerbe.

16:00 „Elbstation Akademie“, Bugdahnstraße 5
Bürgermeister Ole von Beust besucht die **„Elbstation Akademie“.**

18:00 Museumsschiff Rickmer Rickmers, Bei den St. Pauli Landungsbrücken
Staatsrat Reinhard Stuth nimmt teil an einem **Empfang anlässlich der**
Verabschiedung des niederländischen Generalkonsuls Teunis Halff.

19:00 Berlin, Botschaft der Republik Kasachstan, Nordendstr. 14-17
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann nimmt auf **Einladung des**
Botschafters, Dr. Nurlan Onzhanov, teil am **Empfang anlässlich des 17.**
Jahrestages der Unabhängigkeit der Republik Kasachstan.

19:30 Color Line Arena, Sylvesterallee 10
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck besucht das **Eishockey Länderspiel**
Deutschland – Schweiz und ehrt anschließend den Sieger des Spiels.

Donnerstag, den 18.12.2008

11:00 Brüssel
Staatsrat Reinhard Stuth fährt mit einer **Delegation von Hamburger**
Medienvertretern zu Gesprächen nach Brüssel.

14:00 Berlin, Bundesrat
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann empfängt eine **Delegation des**
äthiopischen Abgeordnetenhauses zum Gespräch.

18:00 Berlin, Deutsche Bank AG, Charlottenstr. 37/38
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann nimmt auf **Einladung des Botschafters des Staates Katar, Saleh Mohamed Al-Nesef**, teil am **Empfang anlässlich des Nationalfeiertages**.

Freitag, den 19.12.2008

09:30 Berlin, Bundesrat
Bürgermeister Ole von Beust, Senator Christoph Ahlhaus und Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann nehmen teil an der **853. Plenarsitzung des Bundesrates**.

Sonntag, den 21.12.2008

11:00 Museum für Völkerkunde, Rothenbaumchaussee 64
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck spricht ein Grußwort zur **Eröffnung der Ausstellung „Indianer Nordamerikas – Eine Spurensuche“**.